

Erhält 8 mal wöchentlich.
Monatlicher Bezugspreis durch Träger einfach 30 Pf. bzw.
40 Pf. Tücherstück 1.70; durch die Post 1.70 einschließlich
Gebührenabrechnung, jährlich 20 Pf. Vell-Befreiung.
Bezugsnummer 10 Pf., ab Sonnabend. Sonntag und
Bezugsnummer 20 Pf.

Sächsische Wolfszeitung

Nummer 224 — 34. Jahrg.

Berlagerort Dresden.
Einzelgegenpreise: die Spaltseite 22 von beider Seite 6 Pf.
für Familienanzeigen 6 Pf.
Für Werbeanzeigen wir keine Gewähr leisten.

Schriftleitung: Dresden-N., Volkszeit. 17, Berneuf 2071 u. 21012
Gesellschaftsamt, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei und
Verlag AG, und G. Winkel, Wolfsstraße 17, Berneuf 20712,
Postleitzahl: Nr. 1025, Post: Stadtpost Dresden Nr. 9477

Freitag, 27. September 1935

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einstehender Betriebs-
störungen hat der Verleger oder Werbungseigentümer keine Ver-
pflichtung, falls die Zeitung im bestimmt Umfang, vergrößert
oder nicht erscheint. — Verlagsort Dresden. — — —

Der Rat in ständiger Bereitschaft

Der Völkerbundsrat beschließt Einsetzung eines Ausschusses zur Ausarbeitung eines Berichtes

Keine Schließung der Genfer Ratstagung

Gens, 26. Sept. Der Völkerbundsrat hat am Donnerstag vormittag in öffentlicher Sitzung den Bericht des Tänserausschusses entgegengenommen und so dann auf Vorschlag des Präsidenten beschlossen, einen aus allen Ratsmitgliedern mit Ausnahme der streitenden Parteien bestehenden Ausschuss zur Ausarbeitung eines Berichtes im Sinne des Artikels 15 Abs. 4 der Satzung einzurichten.

Der Tänserausschuss wird bis zur endgültigen Annahme des Berichtes bestehen bleiben und etwaige Anregungen, die einen neuen Schlichtungsversuch rechtfertigen würden, entgegenzunehmen.

Die Ratstagung wird nicht geschlossen, sondern es ist vorgesehen, daß der Rat jederzeit zur Prüfung des Berichtes im Falle der Dringlichkeit sofort zusammenzutreten kann.

Die englische Presse lehnt die italienischen Forderungen als unannehmbar ab

London, 26. Sept. In der englischen Presse nimmt der italienisch-abessinische Streit naturgemäß noch wie vor den Hauptplakat ein. Der Donnerstagabend des Völkerbundes, die sich nach den Worten eines Blattes „von einem Versöhnungsausschuß in einen Gerichtshof

verwandelt wird“, sehen die Blätter mit Aufmerksamkeit, aber ohne Spannung entgegen, denn sie glauben, daß die Behandlung der Frage jetzt auf Grund des Artikels 15 der Völkerbundsatzung unaufhaltbar ist, wenn auch nicht mit Überzeugung weitergeführt werden wird. Es wird damit gerechnet, daß die Abfassung des Berichtes des Völkerbundsrates mindestens eine Woche beanspruchen wird. Das Verhältnis, daß eine Übertragung der Frage an eine Körperschaft außerhalb des Völkerbundes erfolgen könnte, findet keinen Glauben. Es wird erklärt, daß die britische Abordnung einem solchen Verfahren nicht zustimmen würde.

Die Begründung der italienischen Forderungen wird von der Times in einem Auftaum kritisch betrachtet. Das Blatt weist ihr allgemein Verwirrtheit und Mangel an Förmlichkeit vor und bezeichnet ihre Einzelheiten als unsinnig. Daily Telegraph erklärt, die Forderungen seien kaum ernst zu nehmen. Die Forderungen selbst werden von den Zeitungen so gut wie einstimmig als unzulässig und unannehmbar bezeichnet.

Vatikan und abessinische Frage

Der „Osservatore Romano“ wendet sich in sehr scharfer Form gegen eine gewisse Art offizieller Propaganda, die gegenwärtig in den römischen Kinohäusern mit Bezug auf die abessinische Frage getrieben wird. Die dabei gezeigten Filme widerstreichen den elementaristischen Geboten der christlichen Sittlichkeit. Die Polemik beweist, daß sich der Vatikan in der abessinischen Frage keineswegs, wie dies die europäische Linkspresse behauptet, im Schleppzug Mussolinis befindet.

Gombös besucht Deutschland

Dubpest, 26. Sept. Der ungarische Ministerpräsident Gombös ist Donnerstag früh in Begleitung des Presschefs im Außenministerium, Dr. von Mengle, des Leiters der politischen Abteilung des Außenministeriums, Baron Bessengel, und seines persönlichen Adjutanten Schwartzy im Flugzeug nach Deutschland abgereist, um der Einladung des Ministerpräsidenten General Hermann Göring folgend, an einer von diesem veranstalteten Jagd teilzunehmen. Die Reise erfolgte in dem Flugzeug „Manfred von Richthofen“, das der Ministerpräsident Göring dem ungarischen Ministerpräsidenten zur Verfügung gestellt hatte. Auf dem Flugplatz hatten sich zur Verabschiedung des Ministerpräsidenten der am Mittwoch hier zum Studium des ungarischen Luftfahrtmuseums eingetroffene Staatssekretär Generalleutnant Milch, der deutsche Gesandte von Magdeburg mit sämtlichen Herren der deutschen Gesandtschaft, die Staatssekretäre des Ministerpräsidiums und zahlreiche hohe Beamte eingefunden. Für den Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten in Deutschland sind fünf bis sechs Tage vorgesehen.

Ministerpräsident Gombös hat bereits im Sommer 1933, bald nach der Machtergreifung Adolf Hitlers, dem neuen Deutschland einen nichtamtlichen Besuch abgestattet und war auch damals vom Führer und Reichskanzler empfangen worden. Ministerpräsident Gombös war der erste Regierungschef einer fremden Macht, der das neue Deutschland aussuchte.

Der Reichskriegsminister auf den Unterseeboot U 1

Berlin, 26. Sept. Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generaloberst von Blomberg, schifft sich am 26. 9. in Kiel auf dem Unterseeboot „U 1“ ein, um an Übungen des Bootes teilzunehmen.

Nach einer Befestigung der Bekleidung und des Bootes werden Fahr- und Schießübungen abgehalten, an die sich Touchromöbel anschließen.

Die Rückkehr des Ministers nach Berlin erfolgt am gleichen Tage.

Neuregelung der Arbeitszeit im Reichsarbeitsdienst

Berlin, 26. Sept. Die Zeitung des Reichsarbeitsdienstes hat mit Wirkung vom 1. Oktober eine Neuregelung der Arbeitszeit

für die Arbeitseinsichtpflichtigen angeordnet, die nach den praktischen Erfahrungen eine zweckmäßige Ausgestaltung der zur Verfügung stehenden Gesamtzeit gewünscht haben. Von 1. Okt. an wird die Arbeitszeit einheitlich an den Baustellen des Reichsarbeitsdienstes, einschließlich des Hm- und Rückmarsches sowie der Frühstückspause, auf 20 Stunden je Woche festgesetzt. Diese 20 Stunden verteilen sich auf fünf Tage der Woche, so daß der letzte Tag frei ist von Arbeitseinsicht an den Baustellen. Die Neuregelung soll zunächst für das Winterhalbjahr 1935/36 gelten. Neben der Arbeitseinsicht auf den Baustellen ist

die Erziehungsaufgabe des Arbeitsdienstes

von so außerordentlicher Bedeutung, daß die durch die Neuregelung gewonnene Zeit der geistigen und körperlichen Erziehung nutzbar gemacht werden soll.

Die Erziehungsarbeit wird in jeder freien Minute durchgeführt. Damit diese Zeit noch besser ausgenutzt werden kann, ist der vielfach doch nur als halber Arbeitstag durchgefahrene Sonnabend nunmehr unter entsprechender Entlastung der übrigen Tage für Aufgaben freiemacht worden, die gleichfalls notwendig sind, in der Versilberung aber ungewöhnlich viel Zeit beanspruchten. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um eine Art Großreinemachen, das die Arbeitseinsichtpflichtigen an ihren Sozialen sowohl wie bei den Räumlichkeiten des Vaters nicht durchzuführen haben und das zugleich einen wesentlichen Beitrag der Gewöhnung an die Ordnung bildet.

Flaggen der öffentlichen Gebäude am 2. Okt. auf halbmast

Berlin, 26. Sept. Der Reichsminister des Innern gibt folgendes bekannt:

Nach Anordnung des Führers und Reichskanzlers stehen aus Anlaß der Wiederkehr des Geburtstages des vereinigten Reichspräsidenten Generalstabschef von Hindenburg am Mittwoch, 2. Oktober 1935, alle staatlichen und kommunalen Verwaltungen, Institutionen und Betriebe, die sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechtes und die öffentlichen Schulen die Flaggen auf halbmast.

Der deutsche Bauer merkt sich vor:

Am 6. Oktober Erntedanktag!

Der Rubikon

Mit siebenstelliger Spannung blickt die politische Welt nach Genf, wo jede Stunde schicksalshafte Entscheidungen erwartet werden. Mit Unrecht erwartet werden. Die Entscheidung fällt nicht in Genf, sondern im Palazzo Chigi, und die Ereignisse kommen erst in Fluss, wenn Mussolini den abessinischen Rubikon überstritten hat. Vorläufig besteht nur der Zustand drohender Kriegsgefahr, und die Genfer Sanktionsgespräche um den Artikel 16 sind vorläufig noch eine Philosophie des Als-ob. Aber die 177 Kampfeinheiten der britischen Flotte im Mittelmeer demonstrierten der Welt und vor allem Italien, daß man auf alles vorbereitet ist, und die römischen Kabinettsbeschlüsse zeigen, daß es für Italien kein Zurück mehr gibt. Aus dem soeben veröffentlichten Bericht des Tänser-Ausschusses geht hervor, daß Italien unverändert an dem Standpunkt der abessinischen Völkerbundswürdigkeit festhält und als Mindestforderung auf die Übertragung eines abessinischen Mandates an Italien beharrt. Mit Recht hat Senator Borgese-Davanzati in der „Tribuna“ erklärt, daß Italiens Haltung niemandem das Recht gebe, überrascht zu sein, denn die feste Haltung seiner Regierung sei in seinem Augenblick zweifelhaft gewesen. Man ist also in Genf heute am Vorabend der Vertagung der Völkerbunderversammlung genau so weit wie vor drei Wochen, also einsichtige Leute meinten, man solle Mussolini erst einmal marschieren und bluten lassen, weil dann ein günstigerer Boden für Genfer Vermittlungsversuche vorhanden sei. Die einzigen Fortschritte liegen auf dem Gebiete der künftigen Abwehr: England hat seinen Standpunkt fast reizlos durchgesetzt, Frankreich hat zögernd auf seine alte Völkerbundslinie zurückgefunden und Italien steht unter dem konzentrischen Druck des sogenannten Völkerbundesmeinung. Ob nun der Rat auf Grund des Tänser-Berichtes seine endgültigen Empfehlungen an die streitenden Parteien übermittelt, ob er neuen Konsensverhandlungen Raum gibt oder gar die Völkerbunderversammlung noch mit der Frage befaßt, ist für das Ergebnis völlig unwichtig. Italien wird marschieren gegen Abessinien und damit gegen den Völkerbund. Ob auch gegen eine Sanktionsfront, wird die Schicksalsfrage Europas sein.

In Rom wirkt man Laval Verrat an den Abmachungen des 7. Januar vor. Ob mit Recht, werden nur die Nachbeteiligten überhauen können, denn wir kennen die volle Tragweite des Bündnisvertrages nicht. Wir wissen nur, daß er von dem in den Gußlappen Barthous wandelnden Laval als ein ähnliches Mittel zur Einführung Deutschlands betrachtet wurde, wie der russisch-französische, der russisch-schweizerische und der soeben in Genf werdende russisch-rumänische Pakt. Laval ahnt nicht, daß er die italienisch-französische Freundschaft mit einer Katastrophe des Völkerbundes bezahlen müsse. Wie rächtet sich die Doppelpurigkeit des gegen das wiedererstarkende Deutschland eingesetzten diplomatischen Spiels, durch das sich Frankreich gleichzeitig die Vorteile des Rechts und der Macht zu sichern suchte. Eine Füllung des Schichsals wollte es, daß gerade England eine Entscheidung herbeizwang, das bisher dieses Doppelspiel durch Untätigkeit und Zauderschlussergebnis begünstigt hatte. Frankreichs Europapolitik ist so eng mit Genf verknüpft, daß Barthou und Laval eine Loslösung auch dann nicht erreichen könnten, wenn sie gewollt hätten. Das weiß man in London, und deshalb war der Versuch, die Rückkehr nach Genf so teuer wie möglich zu verkaufen, von Anfang an wenig erfolgsversprechend. England hat sich im Abessinienkonsens nicht vorgekehrt, um irgendwelcher imaginärer kollektiver Sicherungen in Ost- oder Südosteuropa willen, die es bedroht hat, sondern im Interesse seiner Reichspolitik. Es hat, von kurzen Episoden abgesehen, den Locarno- und Völkerbundspakt immer als das Maximum seiner kontinentalen Bindungen abgetracbt, und kennt die Genfer Artikel viel zu gut, um nicht zu wissen, daß sie einen Sanktionspolitischen Eingriff legitimieren, ohne die Handlungsfreiheit hinsichtlich der Bestimmung des Angreifers zu beschränken. Sir Samuel Hoare konnte daher die Franzosen wissen lassen, daß er sich lebt und für die Zukunft tritt an die Völkerbundspakt halten werde, und daß diese im Falle eines nicht herausfordernden Angriffs auch für etwaige kontinentale Fälle ausreichende Sicherungen bleien. Auch die französische Hoffnung, aus Anlaß dieses Konsenses ein einlässliches Votum zugunsten des Status quo zu erreichen, ist